

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Selbstabholung 4.25 M.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für 1. Monat 5.— M.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lanchaer Straße 19/21,
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 M. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plavorschrist 1.85 M. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 M. Die Reklame-Kolonelle 0.25 M.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lanchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Anklagen der Alliierten gegen Deutschland.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 26. April. Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Büppert vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswesensministers enthält, ein Heer von 200 000 Mann anstatt der im Verträge von Versailles vorgeschriebenen 100 000 Mann zu unterhalten; ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, begründet wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrags nicht erfüllt und zur Entfaltung streift, von der der Weltfrieden abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Lieferung des Kriegsmaterials, noch hinsichtlich der Verabreichung der Effektivbesätze, noch hinsichtlich der Kohlenlieferungen, noch hinsichtlich der Weidergutmachungen und der Kosten für das Besatzungsheer; es hat weder Wagnis gegeben, noch sich entschlossen für die Aufhebung der Besatzung zu entscheiden, noch die in den Verträgen festgesetzten Bedingungen zu erfüllen, die es im Protokoll des Friedensvertrags vorgegeben ist. Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Weidergutmachungen zu bestimmen und um Vorschläge zu machen, damit deren von Deutschland zu zahlender Gesamtbetrag festgestellt werden kann, trotz dem dringenden Charakter, den die Regelung dieser Artikel im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland hat sich nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie erfüllt werden. Die Alliierten leugnen die Schwere der Lasten, denen die deutsche Regierung gegenübersteht; nicht ab und suchen sie nicht eine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrags anzuhängen; aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie eine Fortsetzung der Verletzungen des Friedensvertrags von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bilden muß und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen und selbst wenn es notwendig ist, auch zur Besetzung eines neuen Teils des deutschen Gebiets zu schreiten, um die Ausführung des Vertrags sicherzustellen. Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzungen des Friedensvertrags aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf sichere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen sichergestellt werden können als durch Streit. Die Alliierten haben deshalb entschieden, die Arbeit der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chiefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorerwähnten Zusammenkunft die deutsche Regierung ihnen präzise Erklärungen und Vorschläge über alle angeführten Gegenstände unterbreitet. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen in Diskussion zu setzen, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß beweisen, daß die Einhaltung aller Verpflichtungen in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrags ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der letzten Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Nach einer Savasmeldung aus San Remo hat der Oberste Rat in seiner Vornachtsitzung endgültig diese Erklärung genehmigt. Mitti habe sich gegen militärische Maßnahmen ausgesprochen, Lloyd George und Millerand hätten ihm aber die Notwendigkeit dieser Eventualität bewiesen. Der japanische Vorschlag Mailu und Symans im Namen Befehls hätten sich dem französischen Standpunkt angeschlossen, der schließlich gelehrt habe.

Endlich!

Berlin, 26. April. (M. T. S.) Generalleutnant von Watter, Befehlshaber des Wehrkreises 6 in Münster, ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung entbunden worden.

Mit dem General Watter verabschiedet endlich der Mann, der den größten Teil Schuld daran trägt, daß die Ereignisse im Ruhrgebiet einen so verhängnisvollen Ausgang genommen haben. General Watter gehört zu den Offizieren, die in den Tagen des Rapp-Putsch eine so außerordentlich zweifelhafte Rolle gespielt haben. Während er öffentlich erklärte, zur Verfassung und zur Regierung zu stehen, ist ihm aus aufgefundenen Aktenstücken nachgewiesen worden, daß er über die Vorbereitungen zu dem Staatsstreich gut unterrichtet gewesen ist. Die Regierung aber hat seinen Versicherungen geglaubt und hat ihn weiter auf seinem verantwortungsvollen Posten gelassen. Obwohl sie von allen Seiten gewarnt worden ist, hat sie ihn sogar mit der „Polizeiaktion“ gegen das Ruhrgebiet betraut. Watter hat diese Aufgabe so gelöst, wie man befürchten mußte und von ihm nicht anders erwarten durfte. Ihm kam es darauf an, an den Arbeitern des Ruhrgebiets, die das nach seiner Auffassung unvermeidliche Verbrechen begangen hatten, Teile seiner Truppen zu entfesseln, Raube zu nehmen. Deshalb stellte er der Arbeiterschaft von vornherein Bedingungen, die einfach unerfüllbar waren. Sie sollten unerfüllbar sein, damit der gesuchte Anlaß zu der wohl vorbereiteten Strafexpedition gegen die Arbeiterschaft gegeben war. Watter

hat seinen Willen durchgesetzt; der Einmarsch in das Ruhrgebiet ist erfolgt. Mit welcher Grausamkeit und Brutalität seine Soldateska ihre Aufgabe gelöst hat, ist bekannt. General Watter ist in erster Linie für die Bluttaten, die verübt worden sind, verantwortlich. Sein militärischer Ehrgeiz aber ist befriedigt. Er hat den „Aufbruch“ niedergeschlagen und den billigen „Steig“ über die Arbeiterschaft davongetragen. Nun kann er befriedigt vom Schauplatz seiner Verdienste abtreten. Bisher ist er wieder auf dem Plan, wenn die militärischen Verschönerer von Döberitz und aus dem Munsterlager darangehen; ihre im März mißglückten Pläne zu verwirklichen.

Gegen Kandidierung Noskes und Heines.

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf einer Kreisversammlung der Rechtssozialisten in Köln forderte der Abgeordnete Zollmann als Referent, daß die Kandidaten für die Reichstagswahlliste von der Reichskonferenz bestimmt werden sollten. Er sprach sich dabei dagegen aus, daß man Heine und Noske, deren Verdienste er anerkennt, auf die Reichstagsliste übernehme. Wenn sich für diese beiden Personen zur Zeit kein Wahlkreis im Lande finde, so müßten sie wenigstens vorübergehend ihre Kraft außerhalb des Parlaments betätigen.

Gegenüber der Meldung, daß er von sich aus die Reichswahlliste aufgestellt habe, teilte der Parteivorstand der S. P. D. mit, daß er sich mit der Aufstellung der Reichswahlliste überhaupt nicht befaßt habe.

Wird Genosse Braß ausgeliefert?

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Geschäftsordnungsausschuß der Nationalversammlung beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Plenum vorzuschlagen, die Genehmigung zur Strafverfolgung des unabhängigen Braß zu verweigern. Aus der umfangreichen Debatte, die zu diesem Resultat führte, ging jedoch hervor, daß im Plenum der Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung wieder eingebracht werden soll.

Überzahlungen sind also noch nicht ausgeschlossen. Wir können ihnen aber mit Ruhe entgegensehen.

Admiral von Leveschow verhaftet.

Miel, 27. April. (Z.-U.) Konteradmiral v. Leveschow ist in Schutzhaft genommen worden und befindet sich auf dem Wege nach Leipzig, wo er sich vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird.

Amnestie für die Kämpfer im Ruhrgebiet?

Aus Berlin wird gemeldet: Ein Erlaß des Reichspräsidenten, gegengezeichnet durch den Reichswehrminister, verkündet die Amnestie für alle Kämpfer im Ruhrgebiet, welche zur Abwehr des Rapp-Putschs die Waffen ergriffen hatten. Die Amnestie erstreckt sich aber nicht auf die, die jetzt noch bewaffnet sind.

Bayerns König kehrt zurück.

Nach einer Meldung des Tiroler Grenzboten ist der ehemalige König Ludwig von Bayern im Automobil über Ruffeln auf Schloß Wildenwerth unweit des Ehenstees eingetroffen, wo er von nun an ständig wohnen wird.

Offenbar rechnet er damit, daß man seiner in der nächsten Zeit bedarf, wenn die Gegenrevolutionäre und Monarchisten davon gehen werden, ihre Pläne, die sie bei dem März-Putsch nicht durchsetzen konnten, auszuführen.

Russisch-japanische Verhandlungen.

U. U. Wladivostok, 26. April. Die japanische Regierung hat den Russen folgenden Vorschlag gemacht: Die russische Armee zieht sich auf eine Entfernung von 30 Kilometern von den japanischen Garnisonen zurück. Die Russen stellen sofort die Transportmittel wieder her. Die Japaner stellen für den Fall, daß sich die Russen an der Wiederherstellung der Verkehrsmitel beteiligen, eine Erhöhung der russischen Polizei in der 30-Kilometerzone in Aussicht. Die Russen machten darauf folgenden Vorschlag: Sofortiger Waffenstillstand. Rückzug der russischen Armee in die Gegend von Amur und Chaborowsk.

Das Ende des elsass-lothringischen Streiks.

Scarbrücken, 27. April. (Z.-U.) Nachdem die in Paris unter dem Vorsitz des Arbeitsministers stattgefundene Besprechung zwischen den Unternehmern und Arbeitern eine Grundlage für eine Verhandlung gefunden hatte, ist der Streik in Elsass-Lothringen für beendet erklärt worden. Die Arbeit soll heute wieder aufgenommen werden.

Der Ausgang der sächsischen Krise.

Es bleibt alles beim alten.

Auf Gradnauer folgt Buch, und die Koalition zwischen Rechtssozialisten und Demokraten bleibt weiter erhalten. Das ist das Ergebnis der Regierungskrise in Sachsen, die sich ursprünglich über den Rahmen einer Kabinettskrise auszuweiten schien. Ein mageres Ergebnis! Ein Personentausch an Stelle einer Systemänderung.

Etwas viel Lärm ist um diesen wenig nahrhaften, mehr mit Wasser denn mit Ei angerührten Eierkuchen gemacht worden. Die dramatische Entwicklung, die so sensationell mit der Entsendung einer Deputation der rechtssozialistischen Volkstammerfraktion in das Ferienlager Gradnauers, zur Überreichung der seidenen Schnur einsetzte, ist schnell verstanden. Die Heldendarsteller sind vorzeitig ermattet, und der ganze Aufwand lösender Worte ward unnütz veran. Die innere Kraft reichte nicht aus zu einer wirklichen Lösung des Problems, und so kehrte man reumütig zu den Koalitionstischen zurück, knüpfte dort wieder an, wo man abgebrochen wollte.

Die ganze Aktion ist also darauf hinausgelaufen, daß man der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und der eigenen Anhängerschaft mit den künftigen Ergebnissen der Koalitionspolitik zwei Männer geopfert hat, obgleich man nicht einmal überzeugt ist, daß sie besondere Schuld an den geringen Mängeln des Regimes haben, die die klappernde Regierungsmühle geliefert hat. Man ersetzt sie durch andre in dem Bewußtsein, daß sie es auch nicht anders und nicht besser machen werden.

Die Rechtssozialisten nehmen eine neue Ministergarnitur — es werden noch viele verbraucht werden, prophezeit Koste! —, um den Wählermassen etwas zu bieten. Sie opfern zwei ihrer besten Leute, wie die Gradnauer und Uhlig auf der Landesversammlung genannt wurden, um den Zorn der angeblich blinden Massen zu besänftigen und die Wahlausichten zu verbessern.

Wir hatten demnach nur allzusehr recht, wenn wir der Beurteilung der Regierungskrise Zurückhaltung übten und unsre Vorbehalte machten. Dieser Anfall von Energie, den die rechtssozialistische Kammerfraktion plötzlich bekam, hätte oberflächliche Beobachter in die Illusion wiegen können, daß die Partei das Verderbliche ihrer bisherigen halbsozialistischen Politik eingesehen habe und entschlossen neue Bahnen einschlagen wolle, die zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Aber wenn bei einzelnen der Rechtssozialisten der Wille dazu gekiekt hat, wenn ihre Absicht nach diesem Ziel gegangen ist, so hat der Parteiapparat diese Regung alsbald wieder zu dämpfen gewußt. Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben schon recht, wenn sie am Schluß ihres Berichtes über die Meißner Tagung triumphierend als scharf hervortretendes Ergebnis feststellen: „Die gemäßigste Richtung der Mehrheitssozialisten erlangte einen klaren Sieg über den linken Flügel der Partei wenigstens nach außen hin...“ Die „innere Festigung und Verschweigung zur einheitlichen starken Kampflinie“ ist zwar nach dem Waite noch nicht vollkommen und wird noch ein tüchtiges Stück Arbeit nötig machen, aber vorläufig hat es Grund, zufrieden zu sein. Das Organ der Gegenrevolution hat also noch ein wenig Bedenken, ob es gelingen wird, die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft ebenso schnell zu beseitigen, wie man die Dränger nach links innerhalb der Parteiorganisation und Volkstammerfraktion still gemacht hat. Und dieser Zweifel ist allerdings sehr berechtigt. Die Rechnung von Meißner dürfte mehrere größere Löcher haben.

Als Vorwand für ihre Haltung dient den Rechtssozialisten der Beschluß unserer Leipziger Landesversammlung, der den Eintritt in die Regierung des Landes vor den Wahlen ablehnt. Das wichtige „vor den Wahlen“ aber ist in Meißner so gut wie in der Versenkung verschwunden. Man hat so, als ob eine endgültige Ablehnung von unserer Seite vorliege. Wenn der rechte Flügel so operierte, so braucht uns das nicht zu wundern, wenn aber die Chemnitzer Richtung sich gegen solche Verzerrung des wirklichen Tatbestandes nicht zur Wehr setzte, so ist das schon auffälliger. Entweder fehlt es ihr an der richtigen Führung, die das wesentliche eines politischen Moments zu erfassen vermag, oder sie hat im entscheidenden Moment die Angst vor der eigenen Courage getrieben. Wer politisch zu lesen versteht, der hat aus dem Beschluß unserer Leipziger Landesversammlung zweifelsfrei entnommen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie Sachsens bereit ist, in eine rein sozialistische Regierung mit den Rechtssozialisten einzutreten, nachdem die Rechnungen der Vergangenheit bei den Wahlen beglichen sind und das